

BUNDESVERFASSUNGSGERICHT

- 2 BvC 15/15 -



IM NAMEN DES VOLKES

In dem Verfahren  
über  
die Wahlprüfungsbeschwerde



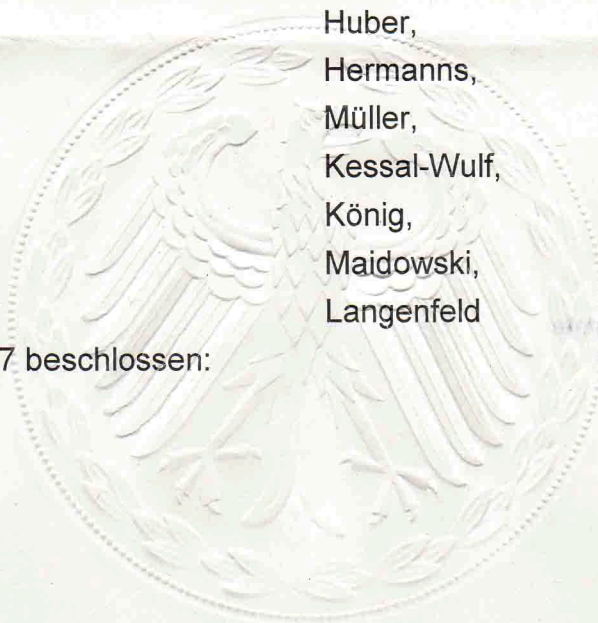
gegen den Beschluss des Deutschen Bundestages  
vom 11. Juni 2015 - EuWP 86/14 -

u n d Antrag auf Richterablehnung

hat das Bundesverfassungsgericht - Zweiter Senat -  
unter Mitwirkung der Richterinnen und Richter  
Präsident Voßkuhle,

Huber,  
Hermanns,  
Müller,  
Kessal-Wulf,  
König,  
Maidowski,  
Langenfeld

am 22. März 2017 beschlossen:



Das Ablehnungsgesuch gegen die Richterinnen und Richter Voßkuhle, Huber, Hermanns, Müller, Kessal-Wulf, König und Maidowski wird als unzulässig verworfen.

Die Wahlprüfungsbeschwerde wird verworfen.

Gründe:

Dem Ablehnungsgesuch und der Wahlprüfungsbeschwerde bleiben aus den 1  
im Schreiben des Berichterstatters vom 21. Februar 2017 genannten Gründen der  
Erfolg versagt. Gemäß § 26 Abs. 3 Satz 3 EuWG in Verbindung mit § 24 Satz 2  
BVerfGG wird von einer weiteren Begründung abgesehen.

Voßkuhle

Huber

Hermanns

Müller

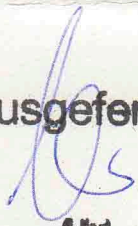
Kessal-Wulf

König

Maidowski

Langenfeld

Ausgefertigt



(Uhr)

Regierungshauptsekretärin  
als Urkundebeamtin der Geschäftsstelle  
des Bundesverfassungsgerichts

